

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. ...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zeile 50 J. ...



Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wieg. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Nach 40 Kriegsmonaten.

Im vorigen Monat schien es, als ob die Aufwärtsentwicklung unseres Verbandes im Tempo nachlassen, als ob der Erfolg unserer Werbearbeit geringer werden würde. ...

stellen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 21 582 Mitglieder aufgenommen. Im ganzen Verband sind, nach den eingelaufenen Abrechnungen in derselben Zeit 22 578 Mitglieder neu gewonnen, also 996 mehr. ...

50 000 Mitglieder aufgenommen.

Das ist fürwahr ein Erfolg, über den wir uns freuen dürfen! Nach 40 Kriegsmonaten ein Mitgliederzuwachs, der an die besten Friedensjahre heranreicht — wer hätte das je gedacht!

An der Berichterstattung haben sich für den Monat November 399 Zahlstellen beteiligt. 64, meist kleinere, haben gar nicht oder nicht rechtzeitig oder in unzureichender Weise berichtet. ...

Besonders begrüßen wir den starken Zustrom weiblicher Mitglieder. Fast 30 000 Kolleginnen sind in den 11 Monaten dieses Jahres in unsere Reihen eingetreten, das sind mehr als in irgendeinem Friedensjahre den Weg zu uns gefunden haben. ...

Table with 4 columns: Category, Am 1. August 1915, Ende Novbr. 1917, and Zusammen. Rows for male and female members.

Werden die zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder eingerechnet, so war der Mitgliederstand in den berichtenden Zahlstellen Ende 1917 um 10 894 höher als bei Kriegsbeginn. ...

Dieses überraschende Wachstum des Verbandes war und ist natürlich in erster Linie eine Folge der günstigen Lage des Arbeitsmarktes. Die Arbeitskräfte sind heute so begehrte, daß die Unternehmer alle ihre Maßregelungsgelüste und andern Schikanen zurückstecken müssen. ...

Die folgende Zusammenstellung der Eintritte und Austritte nach Monaten ist nicht vollständig, weil sie nicht alle Zahlstellen erfaßt, sondern nur die berichtenden, und die gegebenen Zahlen sind nur bedingt vergleichbar, weil die Zahl und die Zusammensetzung der berichtenden Zahlstellen wechselt und infolgedessen die Zahl der von der Berichterstattung erfaßten Mitglieder schwankt. ...

Die günstige Lage des Arbeitsmarktes begünstigt nicht nur die Werbearbeit des Verbandes, sie kommt auch den Bestrebungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen zugute. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß die Teuerung geradezu ungeheuerliche Formen angenommen hat und durch Lohnerhöhungen nur in ganz seltenen Ausnahmefällen ausgeglichen werden kann. ...

Table with 4 columns: Jahr, Monat, Mitglieder aufgenommen (m, w, zus), Mitglieder ausgehend (m, w, zus). Rows for months from Jan 1917 to Nov 1917.

Nach dieser Zusammenstellung sind in den ersten elf Monaten dieses Jahres 47 234 Mitglieder aufgenommen. Diese Zahl ist, wie schon erwähnt, nicht ganz vollständig; es fehlen immer die Zahlstellen, die nicht berichtet haben. ...

Diese überraschend günstige Entwicklung unseres Verbandes — wie der Gewerkschaften überhaupt — ist ein Lichtblick in der jetzt so freudearmen Zeit. Auf diese Entwicklung dürfen alle diejenigen stolz sein, die an ihr mitgearbeitet haben, über diese Entwicklung werden sich insbesondere die Kollegen und Kolleginnen freuen, die in dieser Woche in Hannover zusammengekommen sind, um über die fernere Fahrt unseres Verbandsausschusses zu beraten und für zeitgemäße Rüstung und Ausrüstung zu sorgen. ...

Kommt das Arbeitskammergesetz?

Im vorigen Aufsatz ist kurz zusammenfassend dargestellt worden, wie lange schon und in welcher Form die Arbeiterchaft eine Vertretung ihrer Interessen in der Form von Arbeits- bzw. Arbeitskammern anstrebt. Die Regierung will mit ihrer Zustimmung nun nicht etwa den Forderungen der freien Gewerkschaften, die, wie im ersten Aufsatz näher dargestellt wurde, auf Arbeitskammern hinausgehen, nachkommen, sondern sie will Arbeitskammern, also eine gemeinsame Vertretung für Arbeiter und Unternehmer, vorschlagen. ...

jedoch inzwischen die Wünsche und Forderungen der Arbeiterchaft und der Angestellten in einer Konferenz, an der sämtliche Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände teilnahmen, gesammelt, ausgeglichen und zu einem vollständigen Gesetzentwurf zusammengefaßt worden. In dem Entwurf wird für die Kammern eine Form vorgeschlagen, die ihnen die Möglichkeit wahr, auch als reine Arbeitnehmervertretungen zusammenzutreten und Anträge zu stellen, Gutachten abzugeben usw. ...

Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Das gilt selbstverständlich auch für die Arbeitnehmer der Berufsabteilungen. Auf diese Weise wird ein Unterbau als gesetzliche Arbeitervertretung geschaffen, über der sich die paritätische Kammer als gemeinsamer Oberbau erhebt. ...

Die Arbeitskammern sollen der Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden unterstehen, was auch für die paritätischen Berufsabteilungen gilt. Dagegen wählen die Arbeitnehmerabteilungen sich ihren Vorsitzenden aus ihrer Mitte selbst. Wahlberechtigt sind alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirk der Kammer tätig sind, wählbar alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre im Kammerbezirk tätig sind; dies gilt auch ohne Einschränkung auf Vorsitzende und Angestellte wirtschaftlicher Organisationen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. ...

Die Geschäftsführung der Kammer wird durch eine Geschäftsordnung geregelt und ist dem Vorsitzenden übertragen, der bei den Sitzungen volles Stimmrecht hat. Er muß eine Sitzung einberufen, sofern die Hälfte der Mitglieder der Kammer es beantragt. Die Sitzungen der Kammer sind öffentlich.

Der Beschlußfassung der Kammer bleiben vorbehalten die Wahl von Ausschüssen, die Feststellung des Haushaltsplans, die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung und die Entscheidung über Ausgaben, die im Haushaltsplan nicht vorgeesehen sind, ferner die Entscheidung über die Amtsenthebung von Mitgliedern und über die Errichtung von Schlichtungsstellen und eines Einigungsamtes. Die Arbeitskammern unterliegen der Aufsicht der höheren Verwaltungsbehörde des Bezirks, in dem sie ihren Sitz haben. Die Aufsichtsbehörde kann zu den Sitzungen einen Vertreter entsenden, der auf Verlangen jederzeit gehört werden muß. Die Beschlußfassung erfolgt durch Stimmenmehrheit. Bei Beschlußfassung über Erstattung eines Gutachtens oder Stellung eines Antrages an Behörden, Kommunalverbände oder gesetzgebende Körperschaften soll zunächst eine geordnete Abstimmung der Gruppen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vorgenommen werden. ...

Zu den besonderen Aufgaben der Kammern gehört die Errichtung von Schlichtungsstellen sowie eines Einigungsamtes in ihrem Bezirk. Der Entwurf knüpft hier an die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes an und fordert zunächst für alle Betriebe, in denen in der Regel wenigstens 20 Arbeiter beschäftigt sind, das Bestehen eines ständigen Arbeiterschlichtungsausschusses. Das gleiche gilt hinsichtlich der Angestellten. Diese Ausschüsse sind von den volljährigen Arbeitern des Betriebs aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl zu wählen. Die Wahlordnung erläßt der Bundesrat. Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sollen das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterchaft des Betriebs und zwischen den Arbeitern und dem Arbeitgeber fördern, Wünsche, Anträge, Beschwerden der Arbeiter in bezug auf Betriebsseinrichtungen, Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie Wohlfahrtsmaßnahmen zur Kenntnis des Unternehmers bringen, sich darüber äußern und eine Vermittlung herbeizuführen suchen. ...

Solche Schlichtungsstellen sind von der Arbeitskammer für den Bezirk einer oder mehrerer unterer Verwaltungsbehörden zu errichten. Sie sollen aus einem unparteiischen Vorsitzenden und je zwei ständigen und einem unständigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen, die von der Arbeitskammer gewählt werden. Die Wahl findet im getrennten Wahlgang statt; die gewählte Liste muß zwei Drittel der Stimmen erhalten.

Fernerhin hat die Arbeitskammer für ihren Bezirk ein Einigungsamt zu bilden, das aus einem unparteiischen Vorsitzenden sowie zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengefaßt werden soll. Das Einigungsamt kann bei wirtschaftlichen Streitigkeiten angerufen werden, wenn die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Schlichtungsstellen beschäftigt sind oder wenn die Einigungsverhandlungen vor der zuständigen Schlichtungsstelle erfolglos verlaufen sind. Das Einigungsamt kann auch dann einen Schiedsspruch fällen, wenn eine der streitenden Parteien nicht erscheint oder verhandelt.

Der neue Entwurf hat nicht bloß große Vorzüge vor dem des Jahres 1910 voraus, da er sich weit besser den tatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen nach dem Kriege anpaßt, sondern er besitzt den großen und entscheidenden Vorzug, daß er von dem Vertrauen der Arbeiter- und Angestelltenchaft getragen ist und deshalb eine rasche Erledigung im Wege der Gesetzgebung und eine rasche und reibungslose Durchführung in der Praxis erschaffen läßt.

Was allein die Verbindung der paritätischen Arbeitskammern mit den Schlichtungsstellen und Einigungsstellen bedeutet, das mache man sich an den Bedürfnissen der Uebergangswirtschaft klar. Es ist kein Zweifel, daß die letztere unter einem ganz außerordentlich hohen Druck, der auf Unternehmern, Angestellten und Arbeitern lastet, durchgeführt werden muß. Teure Rohstoffe, teure Transportmittel, teure Maschinen bedingen teure Produktion, teure Lebensmittel und Wohnungen dagegen teure Löhne. Zwischen diesen Gegensätzen muß unbedingt ein Ausgleich gefunden werden. Gelingt dies auf friedlichem Wege, dann ist die Uebergangswirtschaft gesichert und der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft wesentlich erleichtert. Kommt es dagegen zu Lohnkämpfen, so leiden alle Faktoren darunter: Unternehmer, Angestellte und Arbeiter, vor allem aber die Uebergangswirtschaft selbst. Der Weg zum Frieden führt über die Arbeitskammern, Schlichtungsstellen und Einigungsämter, zu denen unser Erachtens bald ein Reichseinigungsamt hinzukommen muß. Man schlage diese Erwägungen nicht geringfügig in den Wind. Rascher als gedacht kommt der Zeitpunkt, wo man dieses Friedensinstrumentes dringend bedarf.

Wir hoffen, daß der neue Reichszankler seine Zusage einlöst und seine Autorität für eine rasche Verwirklichung der Arbeitskammern einsetzt. Kommt die Vorlage in der bevorstehenden Winteression des Reichstags zustande, so können schon im Frühjahr die Arbeitskammern errichtet werden und für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft zu Rate gezogen werden. Große Aufgaben warten ihrer, aber damit bietet sich zugleich die Gelegenheit, ihre Kräfte zu erproben. Sie werden die Feuerprobe bestehen, daran zweifeln wir nicht im geringsten, und zu einem der Grundpfeiler der künftigen Wirtschafts- und Sozialentwicklung werden.

Die Nachtseite!

In gewaltigen Strömen ergießt sich der Kriegsgewinn über die Unternehmer. Manche wissen nicht, wohin mit den Ueberflüssen. Um die Dividenden und Sondervergütungen nicht allzu aufreizend hinaufreiben zu lassen, muß man große Beträge in allerhand Fonds verstecken, und in erheblichem Umfange werden Neuanlagen und Betriebsverweiterungen aus laufenden Mitteln bezahlt. So erhöht sich neben den reichlichen Ausschüttungen auch der innere Wert der Anlagen. Die Kurse vieler Papiere sind um Hunderte von Prozent gestiegen. Wer jetzt seinen Papierbesitz verkauft, bekommt dafür unter Umständen das Doppelte und Mehrfache des Kaufpreises. Der Krieg macht viele Leute reich!

Man gibt es allerdings auch Arbeiter, deren Löhne ansehnlich gestiegen sind, wenn auch die Steigerung zum größten Teil durch die Verteuerung aller Waren, vornehmlich der Lebensmittel, für Kleidung usw. ausgeglichen wird. Bei den meisten Arbeitern hat die Lohnsteigerung mit der Verteuerung der Lebenshaltung jedoch nicht gleichen Schritt gehalten; bei sehr vielen bleibt sie weit dahinter zurück. Nehmen wir jedoch einmal an, die Steigerung der Löhne sei überall so stark, daß die Arbeiter die gleiche Lebenshaltung ermöglichen könnten wie vor dem Kriege, hätten sie dann in der Entwicklung, die sich nun zeigt, keine Schädigung ihrer Interessen zu erblicken? Kann es ihnen gleich sein, ob das Kapital keine oder große Gewinne macht? Können sie zufrieden sein, wenn nur ihre Löhne mit der Steigerung der Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter in Einklang bleiben? Durchaus nicht! Die jetzige Reichumsmehrung in wenigen Händen, die riesenhafte Gewinne des Kapitals, dessen gewaltiges Anwachsen, das geht zu Lasten der Arbeit, der zukünftigen Warenerzeugung. Für das, was sich nun als Kriegsgewinn aufammelt, müssen die Arbeiter und ihre Nachkommen, auf Generationen hinaus, Zinsen aufbringen und abzahlen.

Um das verständlich zu machen, müssen wir zunächst erst kurz auf die Eigenart der Gewinn- und Vermögensbildung unter der Herrschaft des Krieges eingehen. Jetzt ist der Gewinn und die Kapitalbildung nicht ein Teil des Wertes hervorgebrachter Lebensgüter, die der Kultur, der Daseinsbefriedigung und Steigerung der Lebenshaltung dienen. Vornehmlich werden nun Zerföhrungsmaschinen und Materialien zum Zwecke der Vertönung von Gütern und Menschen hergestellt. Mit Geschützen, Gewehren, Säbeln, Munition, überhaupt mit all dem verschiedenen und massenhaften Kriegsgüter kann man nichts für die Lebenshaltung anfangen. Dapir ist alles das vollständig wertlos. Es erfordert ungeheuer viel Arbeit, aber wir können uns nicht damit heiden, nichts davon genießen, wir können davon zu unser Daseinsbefriedigung gar nichts gebrauchen. Das nicht allein. Mit dem Ertrage maßlos vieler Arbeit werden noch andre, bereits vorhandene Güter verzehret und was noch viel schlimmer ist, ihr Verbrauch kostet auch noch Hunderttausenden von Menschen Leben und Gesundheit.

Es sind also keine neuen Lebensgüter geschaffen worden, im Gegenteil; wir haben von dem Bestande, der vor dem Kriege vorhanden war, noch einen erheblichen Teil eingebüßt, während auch noch eine ungeheure Summe von Arbeitskraft! Ohne daß wir das noch im einzelnen näher schildern, versteht man schon jeder Leser, daß wir in der Gesamtheit viel, sehr viel ärmer geworden sind. Und trotzdem sehen wir, daß die Gruppe der Kapitalisten viel gewaltigere Gewinne erlangt als je zuvor; wir erleben eine Kapitalzunahme wie noch in keiner der voraussetzungen gleichen oder noch viel längeren Zeitschnitte. Wie ist das möglich; wie ist das zu erklären und vor allem: was bedeutet das für die Arbeiterchaft?

Die oben erwähnten Lebensgüter, die Reichumsmehrung nicht der Ausdruck von geschaffener Kulturarbeit. Die Gewinne und Kapitalaufhäufung sind in Wirklichkeit nichts anderes als verdrängte Ansprüche auf die Arbeit der Zukunft, die erst wieder alles Konsumierte hervorbringen und einen Zuwachs an Lebensgütern schaffen muß. Die Arbeit wird dem Kapital sogar für das Verzehren des Kulturs und Gebrauchsgütern tributpflichtig.

Die Milliarden Kriegsgewinne, die unerhört hohen Gewinne des Kapitals sowie der Grundrentenbesitzer sind ja sogar Sperrhaken, mit denen die spätere Arbeit belastet wird. Diese Lasten trägt die Arbeiterchaft tragen. Je größer die Kriegsgewinne werden, je stärker die Gewinne des Kapitals anwachsen, um so drückender auch die Last, die Tribut heischend von der Arbeiterchaft getragen werden muß.

Es ist schließlich in der Wirkung ziemlich gleichgültig, ob die Last in Form von Steuern abgetragen werden soll, oder in entsprechendem größerem Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage, in

niedrigen Löhnen oder hohen Warenpreisen. Unter allen Umständen muß die schaffende Arbeit die Kosten aufbringen. Aus dem Dargelegten ergibt sich, daß es für die Arbeiter durchaus nicht gleichgültig sein kann, ob das Kapital bei der unproduktiven Kriegsarbeit nur mäßige oder so riesenhafte Gewinne erzielt, wie das nun tatsächlich der Fall ist. Es geht eben auf ihre Kosten. Auch auf Kosten jener, die nun hohe Löhne erlangen. Schon bei der Herstellung von wirklichen Kulturgütern, die der Gesamtheit in irgendeiner Weise doch mal zugute kommen, sind hohe Gewinne ein Nachteil für die Arbeiter genau so gut wie niedrige Löhne, denn in beiden Fällen wird die Kaufkraft des Lohnes vermindert. Viel mehr noch gilt das vom Hervorbringen von Zerföhrungsmaterial, mit dem auch noch vorhandene Güter verwüstet werden.

Man kann sich auch nicht in dem Gedanken trösten, daß eine gerechte Verteilung der Steuern die Arbeiter schützen oder schadlos halten könnte. Gewiß sind direkte Steuern vorzuziehen als indirekte für den Arbeiter, aber es wäre doch töricht, anzunehmen, direkte Steuern vom Einkommen würden nicht wenigstens zum größten Teil doch wieder auf die Arbeiterchaft abgewälzt. Das Unternehmertum kämpft nun zwar mit allen Mitteln für die Einführung indirekter Steuern: Verteuerung der Waren durch Zölle und Steuern, erhöhte Eisenbahntarife usw. Das geschieht hauptsächlich darum, weil diese Form der Steuererhebung für die Unternehmer bequemer ist, weniger Konflikte mit den Arbeitern hervorruft und vor allem, weil die indirekten Steuern dem Arbeiter verschleiern, wie hoch die Last ist, die er zu tragen hat. Würde hauptsächlich das Einkommen zu Steuerleistungen herangezogen und wollte das Unternehmertum sie dann auf die Arbeiter abwälzen, indem es seinen Anteil am Arbeitsertrage entsprechend steigerte, so riefte das leicht Widerspruch und Kampfbereitschaft hervor. Daher ist es für die Kapitalisten viel bequemer und einfacher, die Steuern durch den Staat einziehen zu lassen, indem er durch Steuern und Zölle sowie sonstige Abgaben die Waren, Mieten und den Verkehr verteuert.

Es liegt daher gewiß im Interesse der Arbeiter, sich energisch gegen indirekte Steuern zu wehren, zu verlangen, daß die Bedürfnisse des Staates durch direkte Steuern von Einkommen und Besitz aufgebracht werden. Wenn das geschieht, bleibt für die Arbeiter immer noch Last genug nach, nicht nur, daß die Unternehmer einen Teil der von ihnen zu tragenden Steuern doch auf sie abwälzen würden, die Arbeiter hätten überdies auch noch das im Kriege zusammengegrasste und in die Industrie neu hineingesteckte Kapital zu verzinsen, das heißt: Gewinn dafür zu erarbeiten! Darum müßte noch mehr zu ihrer Entlastung geschehen. Es ist ein durchaus gerechter Anspruch, wenn verlangt wird, daß die im Kriege, dem Millionen von Volksgenossen Leben und Gesundheit opfern mußten, in dem ungezählte Volksgenossen ihre Existenz, ihr bisheriges Vermögen und in wieder ungezählten Fällen ihre Erwerbsfähigkeit zum Teil oder gänzlich eingebüßt haben, auf irgendeine Weise erlangten Reichtümer eingezogen werden. Mit der Beschlagnahme dieser Reichtümer wird der Staat in den Stand gesetzt, einen erheblichen Teil der Kriegskosten zu begleichen; dieser Teil brauchte dann nicht mehr verzinst und nicht aus dem Ertrage der Arbeit der Zukunft abgetragen zu werden.

Wenn das geschieht, dann ist dem Volke der Weg zu neuem Aufstieg erleichtert. Ohne solche Maßnahme kommt die Arbeiterchaft aus dem sozialen Elend nicht heraus. Hat das Volk für das Vaterland gekämpft, dann darf man ihm den wirtschaftlichen Wiederaufstieg nicht durch ungeheure kapitalistische Stachelbrüche unmöglich machen. Das Volk hat Opfer genug gebracht, ohne daß es die schuldlosen Leiden des Krieges auch noch mit einer gewaltig gesteigerten Tributpflicht zugunsten des Kapitals büßen müßte.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die Verschwörer in Leverkusen.

Wir haben schon häufig der Öffentlichkeit Mitteilung machen können von Beratungen in den Elberfelder Farbenfabriken, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Dabei ist schon allerlei wenig Erdaufläses herausgekommen. Es sei hier nur erinnert an die Verhandlungen der leitenden Herren des Betriebes über die Einführung neuer Heilmittel in die Praxis und über die Art, wie man einflößliche Verste dafür gewinnt. Die Veröffentlichungen haben damals sehr großes Aufsehen gemacht und den Redaktionen zuhelfen eingetragen, in denen über die Zellstoff-Fabrik Bayer u. Co. im allgemeinen und über Herrn Dürsberg, den Leiter des Unternehmens im besonderen, sehr, sagen wir einmal unhöflich geurteilt wurde.

Kürzlich ist nun ein Protokoll bekannt geworden über eine Sitzung des Ausschusses für Arbeiterangelegenheiten im Betriebe Leverkusen. Dieses Protokoll ist an sich wenig belangreich, gewinnt jedoch Wert durch einen Hinweis auf eine Konferenz der Sprengstoffunternehmungen im Kölner Bezirk. Wir geben es deshalb hier im Wortlaut wieder.

Niederergriff

der Besprechung des Ausschusses für Arbeiter-Angelegenheiten vom 12. Juni 1917.

Anwesend: Stange, Büchel, Nögenberg, Grabenbürger, Wolff und Zimmer. Stange berichtet über eine Besprechung befreundeter Firmen der Sprengstoffindustrie in Schleibach. Es ergab sich, daß die Löhne im großen ganzen bei allen Firmen gleich sind. Mädchen werden im Waha außerordentlich hoch bezahlt. Es fällt auf, daß bei keiner Firma die Löhne der Heizer und Schloffer im Dampfbetrieb verhältnismäßig niedrig sind.

Zu Anbetracht der Verhältnisse hat die Schleibacher Konferenz folgendes festgestellt:

„Arbeitern in Granaten-Fabrikanten und in der Pulverfabrikation kann bei der Anwerbung ein Lohn von 40 Mk. in Aussicht gestellt werden. Männer erhalten in denselben Betrieben einen Mindestlohn von 10 Mk. einschließlich aller Zulagen.“

„Männlichen angelernten Rollarbeitern kann bei der Anwerbung ein Mindestlohn von 50 Mk. versprochen werden.“

Arbeiterbedarf: 45 Arbeiter, 24 Schloffer, 15 Arbeiterinnen. Wegen des großen Arbeiterbedarfes fällt sehr häufig längere Zeit in Hamburg und Umgebung auf. Die Anwerbung wird immer

schwieriger, weil die selbst. Generalkommandos Werbungsverbote für nicht in ihrem Korpsbezirk ansässigen Firmen erlassen. Ein Besuch an das Kriegsamt um Gewährung einer Ausnahmestellung für die Farbenfabriken ist bisher ohne Antwort geblieben.

Der Vorsitzende: Der Schriftführer:
gez.: Dr. Stange. gez.: Dr. Büchel.
Für die Direktion:
gez.: Dr. Prekeler.

Also die „befreundeten“ Unternehmer der Sprengstoffindustrie — die großen Teerfarbenfabriken, wie Bayer u. Co., sind heute auch in erster Linie Sprengstoffbetriebe — haben sich zusammengefunden. Was sie alles beraten haben, wird in dem Protokoll des Arbeiterausschusses nicht direkt mitgeteilt, jedoch geht es hervor aus der Angabe, daß „die Löhne im großen ganzen bei allen Firmen gleich sind“. Es ist also über die Löhne beraten worden, und zwar an Hand zahlenmäßiger Feststellungen. Daß diese Erhebung und die daran geknüpfte Besprechung nicht etwa den Zweck gehabt hat, eine Erhöhung der Löhne herbeizuführen, versteht sich. Viel wahrscheinlicher ist es, daß versucht werden soll, sie nach unten zu regulieren, mindestens aber ein weiteres Ansteigen zu verhindern. Daß die Mädchen in der Dynamitfabrik Wahn „außerordentlich hoch“ bezahlt werden, wird gewiß nicht mitgeteilt, um zur Nachahmung anzureizen. Sonst hätte der Feststellung, daß die Löhne für Heizer und Schloffer im Dampfbetrieb in Leverkusen „verhältnismäßig niedrig“ sind, wenigstens die Empfehlung einer zeitgemäßen Erhöhung folgen müssen. Diese naheliegende Folgerung scheint aber niemand in dem famosen Ausschuss für Arbeiterangelegenheiten gezogen zu haben. Poffentlich ziehen sie nun wenigstens die in Betracht kommenden Arbeiter.

Die Konferenz der Sprengstoffunternehmungen hat auch Normallohnsätze festgelegt, die bei Anwerbung von Arbeitskräften angeboten werden dürfen. Man kann nicht sagen, daß diese Sätze der heutigen Teuerung entsprechen. Was soll z. B. ein verheirateter Arbeiter, der von auswärts kommt, also einen doppelten Haushalt zu führen hat, mit 50 Mk. Wochenverdienst anfangen? Der reicht vielleicht aus, seine eigenen Unterhaltskosten zu decken, aber er reicht bestimmt nicht aus, auch die Familie über Wasser zu halten. Die muß bei einem solchen Lohn darben und hungern, wenn sie nicht andre Einnahmequellen hat.

Die Sprengstofffabrikanten verdienen aber so, daß sie aus solch mäßigen Löhnen zahlen können. Für sie gilt die Ausrede, daß das Unternehmen höhere Löhne nicht trägt, auf keinen Fall. Im Gegenteil, die meisten Unternehmungen der Sprengstoffindustrie schwimmen geradezu im Gelde. Sie verdienen so ungeheuerlich, daß sie fast Mühe haben, die Gewinne unterzubringen. Es müßte ihnen eigentlich eine Erleichterung sein, durch Zahlung wirklich auskömmlicher Löhne wenigstens einen Teil des allzureichen Gewinns auszugeben. Statt dessen treten sie zusammen und beraten darüber, wie man das Ansehen der Löhne verhindern, den Profit gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter schützen kann.

Der Arbeiterchaft kann und wird der Vorgang eine Lehre sein. Sie kann darin eine neue Bestätigung der alten Erfahrung sehen, daß die Unternehmer den Lohn unter allen Umständen so niedrig zu halten versuchen, wie es nur eben geht. Und sie können diese Erfahrung nutzbringend verwerten, wenn sie der auf Niederkaltung der Löhne gerichteten Koalition der Unternehmer eine um Erhöhung der Löhne kämpfende Organisation der Arbeiter gegenüberstellen.

Papier-Industrie

Der wirtschaftliche Aufschwung der Papierindustrie im Jahre 1916.

II.

2. Die Zellstoff-Aktiengesellschaften im Jahre 1916.

Die Zellstoff-Fabriken haben, oberflächlich betrachtet, im Jahre 1916 nicht ganz so günstig abgeschnitten wie ihre Kollegen aus der Papierfabrikation. Trotzdem haben alle sieben Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit der zweiten Hälfte des Jahres 1916 zu Ende geht, einen Reingewinn zu verzeichnen. Vier Gesellschaften haben Dividenden in der Höhe von 10 bis 22 Prozent verteilt. Die Sulfite-Zellstoff-Fabrik Tüllner u. Co. in Charlottenburg, die einen Reingewinn von 730 763 Mk. erreichte, hat die Höhe der verteilten Dividende nicht angegeben. Zweifelloh hat aber auch diese Gesellschaft Dividende verteilt, so daß sich damit die Zahl der dividendenzahlenden Gesellschaften auf fünf erhöht. Im Jahre 1913 zahlten von den sieben Gesellschaften sechs Dividenden, 1914 noch vier Unternehmungen und 1915 nur drei Gesellschaften. Die Zahl der Dividendenausschüttungen hat sich demnach seit 1915 verdoppelt. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß ein Teil der Zellstoff-Fabriken bei Kriegsausbruch im Jahre 1914 im Kriegsgebiet oder doch in unmittelbarer Nähe desselben lagen und deswegen ihre Betriebe einstellten, die erst später wieder eröffnet wurden. So hat die Zellstoff-Fabrik Magnit ihren Betrieb erst im April 1915 wieder aufgenommen und ist heute noch nicht beschäftigt. Die beiden Königsberger Firmen waren ebenfalls längere Zeit ganz resp. teilweise geschlossen und können auch heute noch ihre ganze Produktionskraft nicht entfalten.

Am stärksten beeinflusst Waldhof, das mit 32 Millionen Mark Aktienkapital arbeitende größte Zellstoff-Unternehmen der Welt, das Gesamtresultat der deutschen Zellstoff-Industrie. Die russische Zellstoff-Fabrik Bernau, eine Tochtergesellschaft der Waldhof, arbeitet mit einem Aktienkapital von 12 Millionen Rubel, das sich fast vollständig im Besitze der Waldhof befindet. Da dieses Unternehmen von den Russen gestört wurde, so muß die Waldhof jetzt kräftig Kapitalien jammeln, um die russischen Verluste decken zu können. Aus diesem Grunde wurde die Summe von 10 Millionen Mark dem Kriegsreferendums überwiesen. 1915 war die Waldhof von der Veröffentlichung einer Bilanz entbunden, so daß das Geschäftsjahr 1916 zwei Jahre umfaßt. Da die 10 Millionen Mark aus dem Jahre 1914 zur Deckung der russischen Verluste nicht ausreichen, wurde der Reingewinn von 1915 und 1916 in der Höhe von 10 080 000 Mark ebenfalls dem Kriegsreferendums überwiesen. Außerdem hat die Gesellschaft noch den 16 Millionen Mark betragenden ordentlichen Referendumsfonds im Kriegsreferendums mit verrechnet, wodurch die Kriegszuschüttungen die Höhe von 35 895 000 Mark erreicht haben. Auf diese Art ist es der Waldhof auch glücklich gelungen, einen fünf-

lichen Verlust von 16 Millionen Mark für die Geschäftsjahre 1916/17 herbeizuführen. In Wirklichkeit hat die Gesellschaft einen recht ansehnlichen Gewinn erzielt, dessen Höhe nur dadurch beeinträchtigt wurde, daß die Tochterfirma in Tilsit, die während der Russenbesetzung 1914 außer Betrieb gesetzt wurde, erst im April 1915 teilweise wieder die Fabrikation aufnehmen konnte.

Einen recht netten Beitrag zu dem Thema: „Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne“ liefert der Geschäftsbericht der Simonius'schen Zellulosefabriken, A.-G. Nach diesem Bericht wurden für 1916 an Tagelöhnen und Versicherungsbeiträgen die Summe von 74.275 M. ausgegeben, während die Herren Direktoren und Aufsichtsräte der Gesellschaft die hübsche Summe von 119.370 M. als Lohntiemern und Gratifikationen erhalten haben, wozu noch ihr Anteil aus der 300.000 M. betragenden Dividendensumme kommt.

baren Kästen“ der deutschen Sozialgesetzgebung bald zusammen und „verlieren die Konkurrenzfähigkeit“ im Auslande. Von den fünf Pappen- und Holzstoff-Fabriken, die mit dem Ende des Jahres 1916 ihr Geschäftsjahr beschließen, haben vier Reingewinne erzielt, und nur die Norddeutsche Lederpappenfabrik in Groß-Särchen hat einen Verlust von 953.851 M. zu verzeichnen. Die Badische Holzstoff- und Pappenfabrik in Obertroth hat ihren ganzen Gewinn für Abschreibungen verbucht. So hat dieselbe bei einem Aktienkapital von nur 600.000 M. allein für 1916 die Summe von 418.679 M. abgeschrieben. Von den fünf Gesellschaften haben seit 1913 in jedem Jahre immer je drei Unternehmungen Dividenden verteilt. Ohne die außerordentlich hohen Abschreibungen hätte auch die Badische Holzstoff- und Pappenfabrik mindestens wieder 10-Prozent Dividende verteilen können.

Table with 10 columns: Geschäftskategorie, Aktiva-Kapital, Abschreibungen, Reingewinn, Gewinnverzug, etc. Includes rows for various paper and pulp mills.

Wemerkungen: 1) Waldhof hat seinen Gewinn, der die Geschäftsjahre 1915/16 umfaßt, nicht dem Reservefonds für Kriegsrückstellungen verbucht und dadurch einen Verlust von 16 Millionen Mark künstlich herbeigeführt. 2) Magnt wurde bei Kriegsausbruch stillgelegt und im April 1915 wieder eröffnet. Arbeitet seitdem in beschränktem Umfange. Gewinn zur Verminderung der Unterbilanz auf 1.345.477 Mark abgeschrieben.

Ein treuer Kampfgenosse der Unternehmer. Etwas außerhalb des herrlich gelegenen Kreisstädtchens Lübbecke liegt, an der Bergertorstraße, die „Bremer Papier- und Zellpappenfabrik A.-G.“, eine alte Firma, auf die das alte Volkstüm von der Saale: „No ihre Mauern, sie sind zerfallen...“ teilweise zutrifft. Trotz der alten Gebäude und der darin befindlichen älteren Maschinensysteme ist diese Fabrik während der Kriegszeit eine moderne Goldmine für die Aktionäre des Betriebes geworden.

aufbrachten, auch für ihre verteuerte Lebenshaltung einen Ausgleich zu schaffen durch Erhebung von Lohnansprüchen. Die fortwährenden Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel haben aber endlich auch die Arbeiterchaft aus ihrer Interessentlosigkeit aufgerüttelt und ihr den einzigen ersprießlichen Weg zur Verbesserung ihrer Lebenslage gezeigt, den Weg in ihre Berufsorganisation. Rund 80 Prozent der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich in den letzten Monaten dem Fabrikarbeiterverbande angeschlossen.

Dieser Herr gefaßt sich darin, bei jeder passenden Gelegenheit die Arbeiterchaft wegen ihrer Verbandszugehörigkeit anzuklammern. Kommt eine Arbeiterin einmal einige Minuten zu spät zur Arbeitsstelle, so ist nach der Ansicht dieses Herrn der Verband daran schuld. Wird eine Maschine defekt, so trägt sicherlich die Verbandszugehörigkeit der Arbeiterchaft die Verantwortung dafür. Nur gut, daß die Arbeiterchaft noch nicht organisiert war, als vor längerer Zeit ein jugendlicher Arbeiter, den man nach Arbeitsfluß ohne jegliche Rücksicht an dem Papierlocher hantieren ließ, in den Papierlocher hineinstieg und dabei seinen Tod fand, sonst wäre sicherlich, nach der Ansicht des Meisters Klute, der Verband der Mörder des jungen Verrüthen geworden.

Bei Lohnforderungen einzelner Arbeiter fragt Meister Klute erst nach der Verbandszugehörigkeit, und wer den Lohn nicht findet, sich zu verdienen frei zu betimmen, der kann am nächsten Zahlungstage sicher mit einer Lohnzulage rechnen. Selbstverständlich hat diese Vorgehensweise unter der Arbeiterchaft Mißgunst und Unruhe erzielt. Daran ist aber immer noch Klute nicht, nicht die kleinliche Behandlung der Arbeiter durch ihren Meister Klute schuld, sondern der Verband. Der Verband muß sogar dazu herhalten, um der Arbeiterchaft verständlich zu machen, daß ihr Verdienst sehr hoch sei, denn wenn ein Verbandsvertreter sich einmal Einblick in die Lohnbücher verschafft habe, dann müsse derselbe, nach der Ansicht des Meisters Klute, diese Tatsache sicherlich anerkennen.

Nachdem alle Scharfmacherjahren g...ungen waren, versuchte Meister Klute noch einen Haupttrumpf auszuspielen, indem er der Arbeiterchaft weiß machen will, daß Herr Klute einfach den Betrieb zwei Jahre lang stilllegen würde, wenn die Arbeiterchaft im Verbands bliebe. Daran glaubt natürlich Herr Klute selbst nicht. Ganz abgesehen davon, daß die Firma den Betrieb nicht willkürlich stilllegen kann, weil sie Heereslieferungen ausführt, glaubt im Ernste doch kein Mensch daran, daß die Aktionäre auf eine Goldquelle verzichten, die ihnen 25 und vielleicht noch mehr Prozent Dividende einträgt. Die Arbeiterchaft ist übrigens der Ansicht, daß eine Stilllegung des Betriebes für sie noch nicht das größte Unglück bedeuten würde, daß ihr im Leben begegnet könnte.

Als Herr Klute nun einsehen mußte, daß alle seine Kniffe fehl-schlugen, versuchte er am 14. Oktober noch ein letztes Mittel. An diesem Tage hatte die Verbandsleitung eine Betriebsversammlung für die Arbeiterchaft anberaumt. Dabei durfte selbstverständlich Herr Klute nicht fehlen. Allerdings mußte er sich mit einem Plage im Erdgeschoß begnügen, während die Arbeiterchaft im ersten Stock tagte. Abgehalten vom Versammlungsbuch hat er durch sein Erscheinen keinen Menschen; die Arbeiterinnen und Arbeiter waren zahlreich erschienen, ohne von der Anwesenheit ihres Wochentagsvorgesetzten besondere Notiz zu nehmen. Mit Lärm und Schreie hat die Arbeiterchaft recht bescheidene Lohnforderungen an die Firma eingereicht, die nach einer Unterhandlung mit dem Arbeiterauschuß von der Firma teilweise bewilligt wurden.

Der Wasserverbrauch in der Papiererzeugungs-Industrie.

Zu den wichtigsten Fabrikationsstoffen der Papiererzeugungsindustrie gehört auch ein klares, reines und möglichst weiches Fabrikationswasser. Die Beschaffenheit der fertigen Papiere hängt wesentlich mit der Qualität des zur Verfügung stehenden Fabrikationswassers zusammen. Mit Vorliebe haben sich deshalb die Papierfabriken in Gebirgsgegenden ange-siedelt, wo ihnen die Gebirgsbäche reines und klares Wasser zuführen. Im Flachlande versuchen die Papiermacher durch die Anlage von Kläranlagen eine Reinigung des Wassers herbeizuführen. Andre Unter-nehmungen haben durch Anlage von Brunnen ihre Wasserversorgung mit reinem, klarem Wasser zu lösen versucht. Derartige Anlagen ver-sprechen aber in vielen Fällen so hohe Summen des Anlagelapitals, daß selbst modern und großzügig angelegte Werke nicht konkurrenzfähig sind und deshalb an chronischer Unterbilanz leiden.

Aus diesen Ermittlungen geht hervor, daß der Wasserverbrauch für die verschiedenen Papierarten nicht gleich hoch ist und daß das im Gewicht am leichtesten gearbeitete Seidenpapier den höchsten Wasser-verbrauch beansprucht. In letzter Zeit hat ein Betriebsleiter auch den Wasserverbrauch bei dem heute so gangbaren Spinnpapier festgestellt und ermittelt, daß bei einem Gewicht von 28 Gramm für den Quadratmeter Spinnpapier eine 250fache Verdünnung des Stoffes mit Wasser nötig ist. Derselbe Fachmann hat auch den Wasserverbrauch bei Hart-post- und Submissionspapieren ermittelt und festgestellt, daß die Hart-postpapiere mit einem Gewicht von 60 Gramm für den Quadratmeter eine 250fache Verdünnung benötigen, während für Submissionspapiere mit 38 Gramm Quadratmetergewicht nur die 125fache Verdünnung mit Wasser erforderlich ist.

festern und um so niedriger der Verlust dieses wertvollen Materials. Aus den nachstehenden Berechnungen, die das Resultat der erwähnten Unter-suchungen darstellen, geht diese Tatsache deutlich hervor. Die Art des Abwassers ist in vier Beschaffenheitsgrade getrennt. Für diese Abwasser wird der Stoffgehalt auf einen Liter Abwasser und auf die täglich 3528 Kubikmeter betragende Gesamtabwassermenge berechnet und die Berechnung auf ein Jahr, zu 300 Arbeitstagen, ausgedehnt, gleichzeitig aber auch der Stoffverlust auf 100 Kilogramm Papier festgestellt. Das Ergebnis der Untersuchungen war folgendes:

Table with 5 columns: Abwasserart, Liter Abwasser, Wasserverbrauch, etc. Shows data for different types of wastewater.

Der aus dem Abwasser zurückgewonnene Stoff wird von dem Fach-manne auf 24 Prozent festern und 76 Prozent Füllstoffe, im Werte von 10 Mkt. für 100 Kilogramm, geschätzt. Dieser Betrag ist auch den in Geldwert umgerechneten Jahreserlösten in der obigen Zusammen-stellung zugrunde gelegt. Aus der Berechnung geht hervor, daß recht erhebliche Geldwerte in neuen Fabriken vernachlässigt werden können, die der Abwasserfrage gar keine oder doch nur geringe Aufmerksamkeit schenken. Zada ist das System der Stauger und Wasserreinerger leistungsfähig eine bedeutende Rolle. Je neuartiger und moderner eine Papierfabrik eingerichtet ist, desto größer können auch die durch die Aus-waschung der Leinwand erzielbaren Erparnisse sein.

Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die beweglichen Farenhänger der Ammendorfer Papierwerke hingewiesen, die das Abwasser vom Reinerger-gerade abziehen. Obwohl diese Sauger mit der Abwasserfrage auch in direkter Verbindung stehen, ist ihre Beurteilung doch etwas anders, weil sie durch einen besonderen dem Unternehmen ebenfalls große Gewin-nen erlangen. Dieser waren in der papiererzeugenden die leistungsfähigsten Sauger. Vor der Einigung der beweglichen Sauger wurde die Ammendorfer Papierfabrik auf ihren Kapazitäten III und IV im Jahre 20 Siebe, wobei auf ein Sieb rund 100.000 Kilogramm Papier erzeugt werden konnten. Nach der Einigung der beweglichen Sauger ist der Stauerbrauch auf 20 Stück im Jahr, dabei liegt die Papierproduktion auf 310.000 Kilogramm pro Sieb. Auch dieses neue System erparie die Ammendorfer Papierfabrik für eine Papiermaschine einen rund 3000 Mkt. an weniger verbrauchten Materialien. Dazu kommt dann noch der ersparte Arbeitslohn für weniger Siebzuziehen und Siebhausbewerungen, sowie der Gewinn für die vermehrte Erzeugung durch weniger Stillstände und Ausschuß.

Die gemachten Ausführungen geben sowohl dem Fachmann als auch dem Laien einen Einblick in die Wichtigkeit der Fabrikationswasser-beschaffung und dessen Wiedergewinnung für die Papiermachererei. Sie beweisen aber auch mit aller Deutlichkeit den Vorteil bei der Aus-nützung aller brauchbaren technischen Neuerungen und tragen damit auch zum besseren Verständnis bei der Beurteilung der Rentabilitätsberech-nungen jener Werke bei, die schon zur Friedenszeit in der Lage waren, ausreichende Gewinne zu verteilen. G. St.

Wie sehr die Rentabilität eines Werkes der Papiererzeugungs-industrie mit der Wasserfrage im Zusammenhange steht, darüber kann sich der Laie erst ein klares Bild machen, wenn er den gewaltigen Wasser-verbrauch zahlenmäßig kennen lernt. Der emsige Zeitungslieferer oder der eifrige Buchhalter kann sich nur selten einen Begriff davon machen, wieviel Wasser das von ihm gelezene oder beschriebene Blatt Papier bereits verschlungen hat, ehe es seine fertige Form und Beschaffenheit erreicht. Die Wasserfrage findet deshalb in den Kreisen der Fach-gelehrten eine anmerkwürdige Beobachtung. Gewissenhafte Betriebsführer stellen den Wasserverbrauch für die verschiedenen Papierarten in regel-mäßigen Abständen fest. Einige dieser Herren haben ihre Erfahrungen auch der Öffentlichkeit nicht vorenthalten und so einen Gradmesser für den gewaltigen Wasserverbrauch in der Papiererzeugungsindustrie ge-liefert.

Ein anderer Fachmann hat den Wasserverbrauch bei verschiedenen Papierarten in seinem Betriebe festgestellt. Nach dessen Ermittlungen betrug der Wasserverbrauch bei: Schnelllaufendem Rotations - 45/50 g pro qm schwer 150-175 Liter. Druckpapier - 50/60 - 185. Cellulosepapier - 60/120 - 215. Holzfreies Schreibpapier - 60/65 - 230-238. Schreibpapier - 63/95 - 240. Cellulosepapier - 22/24 - 350. Seidenpapier - 11/12 - 600.

Aus diesen Zahlen gehen die gewaltigen Mengen Wasser hervor die zur Papiererzeugung benötigt werden, und damit auch zugleich die Wichtigkeit der Wasserfrage für die Papierfabriken. Um einen Teil dieses Fabrikationswassers wieder verwenden zu können, und um zugleich die in dem Abwasser enthaltenen Stoffe wiederzugewinnen, haben die Papiermaschinenhersteller Wasserwieder-gewinnungsapparate erfinden. Ein Fachmann konnte durch diese Apparate von den verbrauchten 6000 Kubikmeter Wasser rund 4200 Kubikmeter gereinigtes Fabrikationswasser wiedergewinnen. Inzwischen ist auch die Berechnung dieses Fachmanns über die Wassersparfähigkeit der Trockenzylinder. Demnach haben dieselben, wenn das saure Papier-blett auf der Gaultsche und den Pressen auf 33 1/2 Prozent Trockengehalt ausgepreßt wird, immer noch 60 Kubikmeter Wasser zu verdampfen. Von den 6000 Kubikmeter Wasser gehen täglich 1740 Kubikmeter als Abwasser der Papiermaschine in den Abfluß. Um dieses Quantum Wasser zu ersetzen, ist die Zuführung von täglich 1800 Kubikmeter Frischwasser nötig. Nach diesen Berechnungen wird täglich das 60fache der Papiererzeugung an Frischwasser gebraucht.

Fast ebenso wichtig wie das Vorhandensein eines klaren, reinen Fabrikationswassers ist für den Papiermacher die rationelle Wasserver-wertung der Abwässer. Können doch dabei, wie schon weiter oben aus-geführt, nicht nur bedeutende Wassermengen für die Fabrikation wieder-gewonnen, sondern auch wertvolle Stoffe für die Papierherstellung wieder zugeführt werden. Das abgefangene Abwasser wird durch einen Entzug an Alkali gereinigt. Dabei spielen Kalkmilch und Frischmilch des Betriebes eine große Rolle, um ein brauchbares Abwasser wieder zu erhalten. Vor einiger Zeit teilte ein Fachmann seine Er-fahrungen in der Fachpresse mit, die er bei Abwasserreinigung und Stoffwiedergewinnung gemacht hat. Trotzdem der Alkalieinsatz immer derselbe blieb, war die Beschaffenheit des gereinigten Abwassers recht verschieden, bis es ihm durch eine kleine, scheinbar unmerkliche Änderung gelang, klarer Abwasser zu erhalten. Dieser teilt er nicht mit, worin diese „kleine, scheinbar unmerkliche Änderung“ bestand. Seine Unter-suchungen zergliedert er in schlechte, trübe, ganz und klare Beschaffenheit des Abwassers und stellt dabei folgendes Ergebnis fest: Geringste werden bei einer minutlichen Papiermaschinenleistung von 170 bis 180 Meter eine Tagesproduktion von 55.000 Kilogramm Papier. Der Faserinhalt richtete sich nach der Beschaffenheit des Abwassers. Je klarer das wiedergewonnene Abwasser, desto mehr ist es von Fasern gereinigt, um so höher ist der Ertrag an wiedergewonnenen Stoff-

der Firma zur Erfüllung ihrer Verpflichtung, so daß die Arbeiterschaft nicht gezwungen wird, sich ihr Recht vor dem Schlichtungsausschuß zu suchen. Jedenfalls kann Herr Klute noch recht lange warten, bis sein frommer Wunsch in Erfüllung geht, daß die Arbeiterschaft einzeln alleruntertänigst um die Lohnzahlung bittet. Dann wird es aber auch Zeit, daß die Prämienzahlung etwas gerechter vollzogen wird. Bei der letzten Zahlung sind wieder nur einige Personen berücksichtigt worden. Die Arbeiterschaft ist der Ansicht, daß die von der Fabrikgesellschaft gewährte Prämie nicht dazu bestimmt ist, nur einige Güntlinge zu belohnen, sondern daß dieselbe allen Arbeitern und Arbeiterinnen zusteht, die an der Papierproduktion dieser Abnehmerin teilnehmen.

Zu letzter Zeit geht Meister Klute noch dazu über, der Arbeiterschaft den „harlen Mann“ zu zeigen. Eine an der Zerkelmaschine als Führerin beschäftigte Kollegin machte die beiden Meister mehrmals aufmerksam, daß eine Stoppblöcke an ihrer Maschine bereit undicht sei, daß sie infolge des austretenden Dampfes ihre Arbeit nicht mehr verrichten könne. Trotzdem wurde die Reparatur dieser Maschine vom Meister Klute nicht veranlaßt. Vielmehr entließ er die Arbeiterin sofort, als diese erklärte, auf die Weiterarbeit an der Maschine bis zur Reparatur verzichten zu müssen, um nicht leichtfertigerweise einen Betriebsunfall durch Verbrühen mit dem austretenden Dampf herbeizuführen. Bei der Entlassung verzog die Firma die Auszahlung der Kündigungszeit, an die sie erst durch das Landratsamt erinnert werden mußte. Bei dieser Gelegenheit soll sich Meister Klute zu einer guten Freundin geäußert haben, daß noch mehr Arbeiterinnen fliegen. Da er diesen aber nichts anhaben könne, so wolle er sie so lange beobachten, bis sie von selber gingen. Diese Taktik befolgt Meister Klute seit einiger Zeit auf das peinlichste. Gelingen wird ihm sein frommer Voratz ebensowenig, wie mit dem Tode unjers alten bewährten Kollegen Sammermann nicht auch gleichzeitig der Verband zu Grabe getragen wurde.

Wenn Herr Klute schon den Drang zum „harlen“ Mann in sich fühlt, so stellt er ihm ja frei, auf seine militärische Zurückstellung mit Hilfe der Firma zu verzichten. Dadurch wird ihm auch die schönste Gelegenheit zur Erringung von Orden und Ehrenzeichen wegen außerordentlich mutvoller Bekämpfung des äußeren Feindes geboten. Dieses Verfahren hat auch den Vorteil, daß er sich mit der vergeblichen Bekämpfung des „inneren Feindes“ nicht mehr zu befassen braucht. Die Arbeiterschaft würde einen solchen freiwilligen Schritt ihres Meisters Klute um so ehrenvoller halten, als dadurch auch der zum Vorarbeiter degradierte zweite Werkmeister in der Deffektivität zu seinem Ehren-titel kommt.

Nachdem nun alle Kniffe und Schliche vergeblich waren und die Arbeiterschaft die Treue zur Organisation aufrechterhält, möchten wir Herrn Klute den guten Rat geben, sein nutzloses Beginnen aufzugeben. Wenn er sich aber trotzdem das Verdienstkreuz des Scharfmacherordens, als Ersatz für das heute noch fehlende Kriegsverdienstkreuz, erringen will, so wollen wir ihm dabei nicht außerordentlich hinderlich sein. Das eine aber möchten wir Herrn Klute doch noch sagen: die Arbeiterschaft wird sich, wenn sie der Organisation die Treue bewahrt, ihr Recht erkämpfen, trotz aller Machinationen eines Meisters. Der Firma aber möchten wir den dringenden Rat geben, wenn ihr an einem friedlichen Verhältnis mit ihrer Arbeiterschaft gelegen ist, den an sie herangetretenen gerechten Forderungen der Arbeiterschaft etwas mehr Verständnis als bisher entgegenzubringen und auch den Streikfrieden aus den Kreisen ihrer Angestellten und Beamten auf die Träger zu heben. Die Arbeiterschaft will mit der Firma nicht auf feindsichem Fuße leben, sie will nur soviel verdienen, um anständig leben, um mit ihren Familien „durchhalten“ zu können, sie will aber auch von jenen Personen verschont bleiben, die sich erdreisten, an ihrem gesetzlich garantierten Koalitionsrecht zu rütteln. G. St.

Dienste der Arbeiter werden mit einem verzierten und eingerahmten Pappendeckel belohnt, den Beamten, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern aber werden alljährlich Tausende von Mark als Geschenk in der Form von Lantien und Gratifikationen berecht. So sieht die so viel gepriesene Ehrung der Arbeiter für langjährige treue und billige Arbeitsleistung durch die Papierfabrikanten in Wirklichkeit aus.

Zucker-Industrie

Die Zuckerrabrik Frankenthal,

die in den ersten beiden Kriegsjahren je 30 Prozent Dividende ausschütten konnte, muß im dritten Kriegsjahre mit der Dividende erheblich zurückgehen. Der Gewinn ist auf etwas mehr als die Hälfte des im Vorjahr erzielten gesunken. Inzwischen beträgt er noch 1 679 775 Mk., wozu noch 264 278 Mk. Vortrag aus dem letzten Vorjahre kommen, so daß fast zwei Millionen Mark zur Verteilung bereitstehen. Davon erhalten die Aktionäre 1 568 000 Mk. als 18 2/3 Prozent Dividende, also immer noch eine sehr anständige Verzinsung des Aktienkapitals und eine sehr ansehnliche Bezahlung für die nicht allzu anstrengende Arbeit eines Aktienbesizers. Gegen die beiden letzten Dividenden, die 30 Prozent betrug, mag der Anstieg schmerzhaft sein, unerträglich ist er nicht. Formell erhalten die Aktionäre sogar bloß 9 1/2 Prozent Dividende auf ihre Aktien, weitere 9 1/2 Prozent erhalten sie jedoch auf sogenannte Genusscheine, die ihnen im Vorjahr aus dem Gewinn geschont wurden. Wie sich das Ergebnis der Gesellschaft in den einzelnen Posten im Vergleich zu den Vorjahren stellt, ist aus folgender Tabelle, die wir der „Frankenthaler Zeitung“ entnehmen, ersichtlich.

	1911/12	1912/13	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17
Stellkapital	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000
Vortrag	439.632	623.249	202.271	204.449	373.490	264.278
Fabrikationsgew.	3.078.981	2.916.534	1.226.366	3.717.545	3.064.281	1.635.138
Landwirtschaftl.	4.416	6.496	4.908	11.669	13.461	4.882
Mieten, Mäntel	26.220	32.963	36.304	34.825	33.056	39.505
Bruttogewinn	3.548.249	3.579.243	2.652.123	5.249.956	4.239.791	2.268.932
Abfertigungen	600.000	401.761	422.674	1.281.466	749.510	324.388
Reingewinn	2.948.249	2.464.021	1.967.178	3.764.042	3.110.738	1.679.775
do. inkl. Vortrag	2.948.249	3.087.271	2.229.449	3.989.490	3.484.278	1.944.053
Dividende	2.100.000	2.100.000	1.760.000	2.620.000	2.620.000	1.568.000
in Prozenten	26	26	20 2/3	30	30	18 2/3
Extra-Dividende	—	500.000	—	—	—	—
Pris.-Fds. (Stat.)	175.000	225.000	175.000	175.000	200.000	—
Kriegsfürsorge	—	—	100.000	700.000	600.000	260.000
Steuerrücklage	—	—	—	200.000	—	—
Vortrag	623.249	262.271	204.449	373.490	264.278	126.053

*) Je zur Hälfte auf Aktien und auf Genusscheine.
 Ueber die Ursachen des Gewinnrückgangs wird im Geschäftsbericht gesagt, daß die gesetzlich bewilligte Spanne zwischen dem Preis für Rohzucker und dem für Raffinade zu gering sei und den Raffinerie keinen ausreichenden Verdienst lasse. Diese Begründung kann jedoch gar nicht ausreichen, weil andre Werke bei derselben Spanne glänzende Geschäfte gemacht haben. Es heißt denn auch weiter im Bericht, daß die Steigerung der Preise für Betriebsmaterialien und die Steigerung der Löhne „jedem erwartete Maß“ überstiegen haben. Ob die Löhne wirklich so arg gestiegen sind, können wir im Augenblick nicht nachprüfen. Da aber alle Betriebe mit solchen Steigerungen zu rechnen haben, erklärt auch das den Rückgang nicht. Die eigentliche Ursache deutet ein Satz im Geschäftsbericht an, wonach „gänglich unvorhergesehene Auswirkungen der Zeitumstände“ „Verluste ganz besonderer Art“ herbeigeführt haben. Diese geschraubte Andeutung läßt allerhand Vermutungen zu. Daneben wird im Bericht noch allerhand geklagt über Schwierigkeiten und Hemmnisse der verschiedensten Art. So konnte von den beiden Holz-zuckerfabriken wegen Korbmangels nur eine in Betrieb genommen werden. — Bemerkenswert ist noch, daß über die an den Aufsichtsrat gezahlten Lantien auch für dieses Jahr keinerlei Mitteilungen veröffentlicht werden. Wahrscheinlich sind sie so hoch, daß man sich geniert, darüber öffentlich Mitteilung zu machen. Oder aber, sie sind so gering, daß die Gesellschaft fürchtet, wegen Lantienmangels von den Aufsichtsräten in Acht und Bann getan zu werden.

Ein bedauerlicher Unglücksfall

ereignete sich am Montag, dem 10. Dezember, in der Zuckerrabrik in Feich. Von Mitarbeitern wurde früh 7 Uhr eines unserer ältesten Mitglieder, der Kollege Adolf Ehrlich aus Oßig bei Feich, mit einer schweren Schädelverletzung in den Betriebsräumen aufgefunden. Man nimmt an, daß ihm die Verletzung durch einen eisernen Riemenbinder herbeigeführt wurde. Der Verletzte wurde nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt, wo er noch an demselben Tage seinen Verletzungen erlag. Kollege Ehrlich war zirk 35 Jahre im Betriebe und zur Zeit als Vorarbeiter beschäftigt. Unser Organisation gehörte er seit langen Jahren als Mitglied an. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Lehrerzulage und Tarifverlängerung im Baugewerbe.

Im Reichstagswahltag in Berlin fanden vom 26. bis 29. November Verhandlungen statt zwischen dem Vorstand des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe und den Vorständen der am Tarifvertrag für das Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen, die zu einer Vereinbarung führten, nach der alle Verträge und Vereinbarungen bis zum 31. März 1919 verlängert wurden. Sämtlichen in den Tarifverträgen der einzelnen Tarifgebiete aufgeführten Arbeitergruppen wird bei Zeit- und Akkordarbeit eine neue Kriegsteuerzulage gezahlt. Diese beträgt für die Arbeitsstunden:
 vom 10. Dezember 1917 (einstufig) an 10 Pf.
 vom 1. April 1918 an weitere 5 Pf.

Anf die vom 1. Dezember 1917 an zu zahlende Lehrerszulage von 10 Pf. werden dringliche Sonderzulagen, soweit bei deren Vereinbarung die Anrechnung ausdrücklich vorbehalten ist, sowie sämtliche erst vom 1. Oktober 1917 an vereinbarten angeordnet. Nebenvergütungen für Winterferien, Jahrgelber und Auslösung bis zu 2 Mk. für den Tag (14 Mk. für die Woche) kommen auf die Lehrerszulage nicht in Anrechnung. Uner Auslösung sind Vergütungen für doppelte Haushaltsführung arbeitsfähiger Arbeiter zu verstehen.
 Diese Vereinbarung gilt nicht für das Niederrheingebiet und keine Grenzgebiete der Provinz Ostpreußen und nicht für die besetzten Gebiete.
 Die Vereinbarung soll Geltung erlangen, wenn beide Parteien bis zum 10. Dezember ihr Einverständnis dazu erklärt haben. Die endgültige Entscheidung über die Verlängerung des Tarifvertrages liegt bei dem Deutschen Bauarbeiterverband und bei dem im März 1918 in Aussicht genommenen Verbandsg. Jedoch haben die Tarifvertragsparteien sich verpflichtet, auch der Verbandsebene soll diese Verpflichtung übernehmen, wenn er dieser Vereinbarung zustimmt, bei dem Verbandsg. für die Annahme einzutreten.

Rundschau.

Ein Preisanschreiben für Kleiderverfälscher.
 Zur Schaffung von Kleiderverfälscher-bzw. Kleidungsstücken, welche den Armanen und Arbeitsfähigen das An- und Auskleiden ohne jegliche Ermüdung ermöglichen, veranlaßt das Knopfmachern Heinrich Dalbes in Prag-Brünn ein Preisanschreiben. Es sind 43 Preise im Betrage von 50 bis 1000 Kronen, im Gesamtbetrag von 5000 Kronen, vorgesehen. Zur Teilnahme an dem Preisanschreiben ist jedermann zugelassen. Es sind Modelle mit entsprechenden Zeichnungen und Beschreibungen einzureichen, in Ausnahmefällen genügt auch eine schriftliche Mitteilung. Die Einreichungen sollen bis spätestens den 31. Januar 1918 an das Knopfmachern Heinrich Dalbes, Preisanschreiben, Prag-Brünn, eingeleitet sein. Zur Vereinbarung von Preis- und Vergütungswertigkeiten können reichliche Teilnehmer an dem Preisanschreiben ihre Einreichung nach Dresden schicken unter Benutzung der folgenden Adresse: Knopfmachern Heinrich Dalbes, Preisanschreiben (Gera-Gübnitz-Strasse, Dresden A., Al. Platenstraße 39/41).

Familienunterstützung und Arbeitszwang.

Eine Kriegerfrau auf einem mecklenburgischen Gut, die zwei Kinder hat, von denen das älteste noch nicht drei Jahre alt ist, erhielt folgendes Schreiben:

Schwerin, den 8. August 1917.
 Die Gutsobrigkeit ist angewiesen, falls Sie nicht arbeiten wollen, Ihnen mit Ausnahme der für die Kinder nötigen Bezüge das gesamte Deputat und die etwaige Kriegsunterstützung einzubehalten. Krankheit ist kein Grund, leichte Arbeiten zu verweigern und muß überdies nachgewiesen werden; Kinder müssen während der Arbeitszeit anderweitig untergebracht werden. Vom Ministerium und Generalkommando ist angeordnet, daß in dieser Weise vorgegangen werden soll, damit alle vorhandenen Arbeitskräfte in den Dienst des Vaterlandes gestellt werden.
 Kreisbehörde für Volksernährung.
 (Unterschrift unleserlich.)

An die Tagelöhnerfrau
 in
 Dem hiergegen Beschwerde führenden Ehemann der Kriegerfrau wurde folgender Bescheid:

Die Zurückhaltung der Familienunterstützung für Ihre Frau durch die Gutsobrigkeit zu geschweigen mit meiner Zustimmung. Ich kann nicht anerkennen, daß Ihre Frau wegen ihrer häuslichen Verhältnisse nicht sollte auf Arbeit gehen können. Solange sie aber unbefristungsweise die Arbeit verweigert, bin ich nicht in der Lage, ihr Unterstützung zu lassen.
 Schwerin, den 16. August 1917.

Der Vorsitzende
 der Unterstützungs-Kommission.
 (Unterschrift unleserlich.)

Vom Arbeitersekretariat zu Rostock wurde daraufhin das Großherzogliche Ministerium des Innern angerufen. Als Antwort kam folgendes Schreiben:

Schwerin: M., den 3. Oktober 1917.
 Da die Kriegerfrau... sich gewigert hat, Arbeiten für den Gutsbesitzer zu leisten, so ist ihr die Familienunterstützung mit Recht entzogen worden. Wenn Frau... sich darauf beruft, daß sie ihrer Kinder wegen die Arbeit nicht hat aufnehmen können, so kann dieser Grund nicht als stichhaltig angesehen werden, da es ihr nach den allernötigsten Ermittlungen bei einigem guten Willen möglich gewesen wäre, ihre Kinder während der Arbeitszeit in geeignete fremde Obhut zu geben. Die Gutsobrigkeit ist angewiesen, für die Unterbringung der Kinder Sorge zu tragen, sobald sich Frau... zur Arbeit melden sollte. In diesem Falle wird ihr auch die Familienunterstützung wieder ausbezahlt werden.
 Im Auftrage: Walter.

Da das Ministerium letzte Instanz war, an die sich die Kriegerfrau rechtfertigen konnte, wird dessen Bescheid und der Hunger der Frau wohl schließlich in die Fron des Gutsbesitzers gedrängt haben.

Die Schwerindustriellen gegen die „hohen Löhne“.

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen hielt kürzlich im Hotel Alton in Berlin eine Mitgliederversammlung ab, in der der Geschäftsführer Reichert u. a. an Hindenburgs Mahnung zur fleißigen Munitionserzeugung erinnerte und weiter ausführte:

Hierzu sollte auch das Gesetz betr. den vaterländischen Hilfsdienst geschloffen werden. Der Reichstag aber machte, beeinflusst von den Gewerkschaften, aus dem Entwurf in der kurzen Spanne von 10 Tagen, in denen das Gesetz durchgepeitscht worden ist, etwas ganz anderes, indem er den Gedanken der Arbeitspflicht zu Falle gebracht und die Arbeitsfreiheit mitten im Kriege aufgepflanzt hat. Daß das Gesetz, das schon die Möglichkeit einer angemessenen Verbesserung der Arbeitsbedingungen als Grund zur Ablehnung von der Arbeitsstätte inmitten des Krieges bietet, den Arbeiterwechsel nicht erheblich beeinträchtigen kann, liegt nahe, ebenso daß manche Bestimmungen dahin führen, die Löhne in der Industrie auf eine Höhe zu schrauben, die im Hinblick auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt überaus bedenklich ist.

Die Arbeitskammern bezeichnete Herr Reichert als vollkommen überflüssig. Dagegen erklärte er, daß man Longwy und Brier unbedingt haben müsse, da Deutschland sonst zugrunde gehe. Wie Deutschland, aber wenigstens die deutsche Schwerindustrie, solange ohne Longwy und Brier glücklich sein konnte, sagte er aber ebensowenig wie der nachfolgende Redner Geh. Bergat Krusch. Die Veranlassung beschloß, den maßgebenden Stellen „die Notwendigkeit der Verbreiterung der deutschen Ergrundlagen“ vorzutragen. In einer Denkschrift wird insbesondere dargelegt, warum an dem Besitz von Brier und Longwy „für alle Zeiten“ festgehalten und auch die Einfuhr russischer Eisen- und Manganerze sichergestellt werden muß.

Eingegangene Schriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. F. Bloch (Geschäftsstelle Berlin W 35, Potsdamer Straße 121h), haben soeben das 24. Heft ihres 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Katheder- und Kanzelimperialismus von Dr. Rudw. Dreßel. — Rußland und die deutsche Politik von Max Schippel. — Die Pflicht zum Parlamentarismus von Hermann Kranold. — Fern: von Käthe Kollwitz. — Die Frauenberufarbeit als erzieherisches Problem von Heinrich Schulz. — Justizreform von innen heraus von Dr. Alfred Bözi. — Koloniale Arbeitsbeschaffung und Bevölkerungspolitik von Max Schippel. — Der Preis des Festes beträgt 60 Pf., der eines Vierteljahrsabonnements 3,60 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung sowie direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Der Kruppische Kleinwohnungsbau. Rund 150 Villen mit Gärten und vielen Teichtabteilungen, herausgegeben von der Gesellschaft für Heimkultur e. V. in Wiesbaden. Mit begleitendem Text der Bauverwaltungsstelle Dr.-Ing. Hermann Hecker in Düsseldorf. Bei Vorausbestellung 10 Teile zu je 1 Mk. (Porto 10 Pf.). Nach Erscheinen vollständig gebunden 12 Mk. (Porto 50 Pf.), Heimkulturverlag, Wiesbaden.

Verbandsnachrichten.

Die Nummer 52 des „Proletarier“ muß des Weihnachtstages halber und um eine halbwegs rechtzeitige Zustellung an die Empfänger zu ermöglichen, schon Sonnabend, den 22. Dezember versandt werden. Die Nummer wird also schon Freitag, den 21. Dezember, mittags 12 Uhr, abgefloffen. Beiträge, die bis dahin nicht eingelaufen sind, müssen zurückgestellt werden.
 Vom 11. Dezember 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
 Balsrode 600,— Jena 600,— Sonneberg (S.-M.) 400,—
 Danzig 150,— Chemnitz 1400,— Oldenburg i. G. 1000,—
 Plauenischer Grund 825,88. Radeburg 1500,— Rünchen 5,45.
 An Verfügerbeiträgen gingen ein:
 Kalbe a. d. S. 8,60 Köln 131,15.
 Söling: Montag, den 17. Dezember, mittags 12 Uhr.
 Fr. Brunns, Ruffere.

Preiserhöhungen gefährden die nationalen Interessen!

Jetzt endlich hat sich eine Fabrikantengruppe in Deutschland gefunden, der das Gewissen über die fortwährenden Preissteigerungen keine Ruhe läßt. Die Papetenfabrikanten sind es, die die Entbedung gemacht haben, daß Preissteigerungen eine Gefährdung der nationalen Interessen bedeuten. Und weil dem so ist, sie aber dennoch auf die mit den Kriegsgewinnen verbundenen Preissteigerungen nicht verzichten wollen, so verschweigen sie schamhaft die Höhe ihrer am 2. November in Berlin beschlossenen, mit rückwirkender Kraft vom 26. Oktober, gültigen Preissteigerungen. Der Chemnitzer Unternehmerverbands-Vorsitzende Langhammer begründet in Gemeinigkeit mit seinem Frankfurter Freunde, dem Händlereverbänden Wolff, in der Nummer 22 der „Papeten-Ztg.“ dieses Vorgehen folgendermaßen: „Der Verband Deutscher Papetenfabrikanten ist durch die tatsächlichen Verhältnisse gezwungen, eine weitere Preissteigerung zu fordern. Die Ursache hierzu ist durch die Verteuerung und die Knappheit der Rohstoffe und der Halbfabrikate gegeben. Es ist nicht zweckmäßig und würde sich gegen die nationalen Interessen richten, wenn man die Lathänge ziffermäßig wiedergeben wollte.“

Der in Deutschland herrschende Mangel an verschiedenen Rohstoffen ist den Wirtschaftspolitikern im Auslande selbstverständlich schon lange bekannt. Da überdies sämtliche Fabrikanlagen in unserem lieben Vaterlande jede Preissteigerung mit dem Mangel an Rohstoffen und der Steigerung der Arbeitslöhne begründen, so weiß doch jeder im Auslande schon jeder Schlußnahme, daß in Deutschland an manchen Rohstoffen Mangel herrscht. Deshalb können diese Preissteigerungen auch nicht gegen die nationalen Interessen verstoßen, sonst würden sie doch nicht jeden Tag in Ausgaben von Unternehmergesellschaften in die Welt hinausposaunt. So bleibt nur noch die Tatsache übrig, daß die fortwährenden Preissteigerungen gegen die „nationalen Interessen“ verstoßen. Dann mag es aus aber wundern, daß die Papetenfabrikanten trotz dieser Einsicht ihre Preise erhöhen haben und, wie ein anderer Unternehmer in derselben Zeitung prognostiziert, in nächster Zeit wieder erhöhen werden. Ja, die Papetenfabrikanten haben ihre Preissteigerungen sogar gleich mit rückwirkender Kraft beschloffen. Darüber erübrigt sich ein Händler in dem „Papeten-Ztg.“ in einem „Eingehang“, in dem er schreibt, daß dieses Vorgehen der Papetenfabrikanten einer „ungerechtfertigten Preissteigerung“ verleiht, nämlich sich und einen „glatten Verstoß“ gegen das Gesetz“ darstellt.

Wad aber die Papetenfabrikanten einmal am „Verstoßen“ waren, so las es ihnen auf einige weitere „Verstoße“ auch nicht mehr an. Die Gründe haben nämlich beschlossen — selbstverständlich nur im nationalen Interesse — Papier zu sparen, sie wollen die Rollen nicht mehr 8, sondern nur noch 7 1/2 Meter lang machen. Es befolgt wenigstens der Chemnitzer Verband. Der Berliner Fabrikantenverband will dagegen nur noch Rollen von 14 1/2 Meter herstellen. Da es in der Papierindustrie bisher noch nicht üblich war, die Rollen mit einem Rahmen oder Verbandsrahmen zu versehen, so werden die Papetenfabrikanten die Rollen mit ihren Verbandsrahmen nicht ein Scherenschnitt erhalten. Selbstverständlich ist dieses Verhalten der beiden Fabrikantenverbände eine „ungerechtfertigte Preissteigerung“, sondern eine nationale Papiererparnis zugunsten ihres Geldbeutels. Darunter werden auch die „nationalen Interessen“ nicht gefährdet, sondern es wird nur der Gehalt der Papetenfabrikanten gespart. Und das ist ein eben so patriotischer immer noch erlaubt!

Billige Geschenke.

Bestandig belohnt die Papierfabrikanten ihre Arbeiter nach dem, nach dem Grad und nach dem Dienst mit dem Diplom des Deutschen Reiches. Der Preis dieser Diplome ist bereits jetzt auf 10 Pf. herabgesetzt. Das ist ein Beweis für die Billigkeit der Papierfabrikanten und die Billigkeit der Arbeiter. Die Arbeiter sind zu langjähriger Arbeit mit einem billigen Willen zu belohnen. Am 16. Oktober 1917 verleiht der Verein Deutscher Papierfabrikanten ein Preisdiplom an seine Mitglieder, das folgendermaßen lautet:
 „Du bist, wenn du dich zu nehmen, daß vom 1. Oktober d. J. an die Preise für die Rollen der von Herrn Reichert angekauften Arbeiterdiplome jeweils zwei erhaltenen Anerkennung der Papierfabrikanten um 50 Prozent herabgesetzt und demnach der Arbeiter erhalten werden können. Das ist ein Beweis für die Billigkeit der Arbeiter und die Billigkeit der Arbeiter. Am 13. Oktober 1917 verleiht der Verein Deutscher Papierfabrikanten ein Preisdiplom an seine Mitglieder, das folgendermaßen lautet:
 „Du bist, wenn du dich zu nehmen, daß vom 1. Oktober d. J. an die Preise für die Rollen der von Herrn Reichert angekauften Arbeiterdiplome jeweils zwei erhaltenen Anerkennung der Papierfabrikanten um 50 Prozent herabgesetzt und demnach der Arbeiter erhalten werden können. Das ist ein Beweis für die Billigkeit der Arbeiter und die Billigkeit der Arbeiter.“